

**3886/J-BR/2021**

---

**Eingelangt am 07.05.2021**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der BundesrätlInnen Mag.<sup>a</sup> Daniela Gruber-Pruner, Mag.<sup>a</sup> Sandra Gerdenitsch, Dominik Reisinger, Genossinnen und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen

**betreffend Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not – der Bundeskanzler sieht sich als nicht zuständig! Was tun Sie, Herr Minister?**

Nachdem der Bundeskanzler sich in der 925. Sitzung des Bundesrates am 6. Mai 2021 als nicht zuständig erklärt und die Beantwortung der Fragen nicht in seinem Verantwortungsbereich gesehen hat, richten wir die folgende Anfrage an Sie. Sie wurden vom Bundeskanzler als zuständiger Minister namhaft gemacht. Wir sind der Überzeugung, dass es dringend notwendig wäre, hier ernsthafte Antworten zu bekommen. Daher hoffen wir, dass Sie als zuständiger Fachminister dem verfassungsrechtlich verbrieften, parlamentarischen Interpellationsrecht nachkommen und entsprechend konkrete Antworten geben!

Die **Corona-Politik der Bundesregierung** bringt Eltern und Kinder an den Rand der Verzweiflung. Über ein Jahr im Ausnahmezustand hinterlässt in vielen Familien mittlerweile massive finanzielle, soziale, psychische und gesundheitliche Verwerfungen. Dennoch verzichtet die Bundesregierung bisher auf wirksame Strategien und wissensbasierte Prognosen und schüttet stattdessen ohne nachhaltigen Plan einzelne unzureichende Almosen aus. Kinder und Jugendliche bekommen so gut wie keine politische Aufmerksamkeit und von den Eltern wird erwartet, dass sie mit den vielfältigen Herausforderungen, welche die Pandemie mit sich bringt, problemlos zurande kommen. Die Realität der allermeisten Familien ist mehr als besorgniserregend.

Je länger die Corona-Pandemie dauert, desto prekärer wird die finanzielle Situation vieler Familien. Nach einem Jahr Gesundheitskrise mehrt sich die Zahl jener Eltern, die durch Arbeitslosigkeit (436.350 Menschen im April 2021), Kurzarbeit (480.000 Menschen), Langzeitarbeitslosigkeit (190.000 Ende März 2021) oder geringfügige Beschäftigung in Notsituationen geraten sind. Die Ersparnisse sind längst aufgebraucht. Der **Familienhärteausgleich** soll in diesen Fällen für finanzielle Unterstützung sorgen. Allerdings kommen die Hilfen viel zu oft dort nicht an, wo sie so dringend benötigt werden. Die **Armut** breitet sich zusehends aus, die Existenz vieler Familien ist gefährdet. Die aktuellen EU-SILC-Daten zeigen, dass bereits am Beginn der Pandemie 1.529.000 bzw. 17,5 Prozent der Menschen von Armut und Ausgrenzung gefährdet sind. Im Jahr 2020 waren 350.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren armuts- und ausgrenzungsgefährdet. Das ist jedes 5. Kind. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag zudem einen Nationalen Aktionsplan gegen Armut vorgesehen. Auch dessen Umsetzung lässt noch immer auf sich warten. In der Zwischenzeit verschärft sich die soziale Lage für viele Familien zusehends.

Bereits im ersten Jahr der Corona-Krise ist die **Gewalt an Kindern und Frauen** dramatisch gestiegen. Die aktuelle Kriminalstatistik zeigt, dass im Jahr 2020 durch die Polizei 11.652 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen (2019: 9.689) und rund 9.700 Gefährder weggewiesen (2019: 8.245) wurden. Im Jahr 2020 wurden laut Medienberichten 24 Frauen ermordet. 2021 - im ersten

Quartal dieses Jahres - starben bereits unfassbare 9 Frauen durch Gewalttaten ihrer Partner oder Ex-Partner. Gewaltschutz muss JETZT oberste Priorität bekommen.

Besonders hart von der bereits über ein Jahr dauernden Corona-Krise und der daraus resultierenden **Ausnahmesituation** sind **Alleinerziehende** betroffen. Für Menschen, die in Ein-Eltern-Haushalten leben, ist es kaum mehr zu schaffen, Arbeit, Kinderbetreuung, Heimunterricht und Haushalt unter einen Hut zu bringen. Der Druck steigt von Tag zu Tag und die Angst, den Job zu verlieren und damit als Betreuungsperson auszufallen, wird immer größer. In Österreich gab es 2019 rund 167.000 Familien mit Alleinerziehenden, 91 Prozent davon Frauen. Rund 44 Prozent aller Alleinerziehenden sind armutsgefährdet. Wenn etwa die Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils ausfallen, tragen AlleinerzieherInnen zudem oft eine doppelte Unterhaltslast. Bereits 2017 hatten sich alle Parteien zur **Unterhaltsgarantie** bekannt. Geschehen ist bisher auch mit grüner Regierungsbeteiligung leider gar nichts. Von der aktuellen Situation sind AlleinerzieherInnen mit behinderten Kindern besonders betroffen. Sie werden von der Bundesregierung völlig im Stich gelassen!

Nach einem Jahr Corona-Pandemie sind **Familienberatungsstellen** **chronisch unterfinanziert**. 385 Familienberatungsstellen begleiten über 250.000 Menschen und leisten 500.000 Beratungsstunden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch den enorm gestiegenen Beratungsdruck durch die Pandemie massiv überlastet. Eine ausreichende Bugeterhöhung für höher frequentierte Familienberatung ist ein Gebot der Stunde. Es ist eine gesellschaftliche Verpflichtung, die negativen psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bekämpfen und mehr Geld für professionelle Familienberatungen bereitzustellen. Auch der **Kinder- und Jugendhilfe** kommt in der Corona-Pandemie eine besonders wichtige und durchaus prekäre Rolle zu. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen leben täglich mit 8.000 Kindern und Jugendlichen in Wohngemeinschaften auf engstem Raum zusammen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchen bzw. haben regelmäßig Kontakt mit 37.000 gefährdeten Kindern und Jugendlichen in ihrem familiären Umfeld. Ihre Tätigkeit muss auch im Rahmen von Test- und Impfstrategien besondere Berücksichtigung finden.

Das andauernde Corona-Missmanagement führt nicht nur zu Perspektivenlosigkeit, finanziellen Nöten und sozialer Isolation - auch die **psychische Überlastung von Kindern und Jugendlichen** hat ein über die Maße inakzeptables Ausmaß erreicht. Zahlreiche Studien belegen, dass gerade junge Menschen massiv unter den Folgen der Krise leiden: So hat die Donau-Universität Krems in Kooperation mit der Medizinischen Universität sowie mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung beispielsweise die psychische Gesundheit von 3.000 SchülerInnen untersucht. Die Ergebnisse sind alarmierend: 55 Prozent leiden unter einer depressiven Symptomatik, die Hälfte unter Ängsten, ein Viertel unter Schlafstörungen und 16 Prozent haben suizidale Gedanken. Überfüllte Kinder- und Jugendpsychiatrien zeichnen ein erschreckendes Bild. Kinder- und JugendpsychiaterInnen schlagen seit Monaten Alarm, dass sowohl die ambulanten Kapazitäten nicht ausreichen, als auch auf den Stationen bereits durch Triagen bewertet werden muss, welcher Akutfall überhaupt aufgenommen und versorgt werden kann. Die dramatische Zunahme bei Essstörungen mit ihrem langwierigen Verlauf stellt die Spitäler vor neue Herausforderungen. Der seit Jahren bekannte Personalmangel in diesem Bereich und die strukturelle Unterversorgung in weiten Teilen des Landes macht sich nun verheerend bemerkbar. Auch eine aktuelle Umfrage der Volkshilfe Österreich zeigt: 6 von 10 Kindern sind einsamer als vor der Corona-Krise. 6 von 10 Kindern sind trauriger als davor. 55 Prozent der Eltern sagen, ihre Kinder seien unruhiger und gestresster als vor der Corona-Krise. 40 Prozent der Eltern berichten, dass ihre Kinder schlechter schlafen. 42 Prozent der Familien haben Mehrkosten für technische Ausstattung für das Distance Learning selbst getragen. ORF und Ö3 haben unter wissenschaftlicher Begleitung von SORA eine große Online-Umfrage unter den jungen Menschen im Land gestartet und eines der wesentlichen Ergebnisse ist: 74 Prozent der 16 bis 25-Jährigen fühlen sich in der Pandemie schlicht nicht gehört. Drei Viertel haben tatsächlich den Eindruck, dass ihre Probleme und Interessen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht berücksichtigt werden. All diese Studien machen deutlich, wie wichtig es wäre, gemeinsam mit den Betroffenen an die Bewältigung der Pandemie heranzugehen und Perspektiven zu entwickeln.

Kinder und ihre Familien in griechischen und bosnischen Flüchtlingscamps leben in unfassbarem Elend. Die versprochene Hilfe für Familien kommt vor Ort nicht an. Weder zugesagte Geldspenden, noch gelieferte Sachspenden, noch versprochene Bildungsprojekte aus Österreich richten angesichts

der katastrophalen Zustände vor Ort auch nur annähernd etwas aus. Gemeinden, NGOs und Zivilgesellschaft in Österreich zeigen für Familien in Flüchtlingscamps große Hilfs- und Aufnahmefähigkeit. Andere europäische Länder haben es bereits vorgemacht und Kinder und Familien aus den Elendscamps aufgenommen. Sie, als Kanzler, bleiben seit Monaten stur und herzlos und lassen selbst Menschen, die helfen wollen, nicht helfen. Selbst Familien, die bereits hier sind und deren Kinder in Österreich aufgewachsen und hier ihren Lebensmittelpunkt haben, können sich nicht sicher fühlen. Mitten in der Nacht werden sie wie VerbrecherInnen abgeholt und in ein Land abgeschoben, das sie nur aus Erzählungen kennen und in dem die Eltern keine Existenzgrundlage haben. Das entspricht nicht ihrem Wohl, obwohl die Vorrangigkeit des Kindeswohls in unserer Bundesverfassung festgeschrieben ist.

Die Hop-On Hop-Off Politik der Bundesregierung an Österreichs Schulen stellt Familien zudem vor weitere extreme Herausforderungen. Nahezu jede Woche müssen Eltern aufs Neue zittern, wie es mit ihren eigenen Betreuungspflichten und den Bildungschancen ihrer Kinder weitergeht. Die Urlaube und allfällige Freistellungsansprüche sind längst aufgebraucht. So kann es nicht weitergehen. Es braucht daher dringend einen Rechtsanspruch auf bezahlte **Sonderbetreuungszeit**, auch dann, wenn an der Schule Betreuung statt Unterricht angeboten wird. Große Unsicherheit erleben Eltern auch, wenn sie an die **Planung der Sommerferien** ihrer Kinder denken. Viele erleben die bevorstehende **Ferienbetreuung** von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen in den Sommerferien angesichts aufgebrauchter Urlaube als ein weiteres Damoklesschwert. Es gibt den massiven Wunsch vieler Eltern nach einer qualitativ hochwertigen, ganztägigen und kostengünstigen Ferienbetreuung. Von der Bundesregierung ist jedoch auch bei diesem Thema nicht zu erfahren, wie es weitergehen soll. Dabei gibt es Best-Practice Beispiele wie die "Summer City Camps" für alle PflichtschülerInnen in Wien. Die Bundesjugendvertretung mit ihren vielen Mitgliedern aus der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit fordert aktuell in ihrer Kampagne „Einen sorgenfreien Sommer für alle Kinder“ sichere und garantierte Sommerangebote für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus würde natürlich auch eine verlässliche **Impfstrategie für mehr Sicherheit** sorgen. Davon fehlt derzeit jedoch immer noch jede Spur.

Als SozialdemokratInnen haben wir auf die dargestellten Missstände im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik mehr als einmal hingewiesen. Die Situations-Beschreibungen der Fachleute aus der Praxis und Wissenschaft sind eindeutig und alarmierend. Antworten auf unsere Fragen waren dabei in Anfragebeantwortungen der Mitglieder Ihrer Regierung selten zu bekommen, Fortschritte sind nicht spürbar und ernsthafte Bemühungen zur Verbesserung der Situation fehlen. Der Bundeskanzler hat die Letztverantwortung, wenn es darum geht, welche Zu- und Umstände in unserem Land herrschen, insbesondere dann, wenn Ihre Bundesregierung mit falschen Maßnahmen und zögerlichem Handeln dazu beigetragen hat, diese zu erzeugen. Wir erkennen zunehmend, dass Kinder, Jugendliche und deren Familien keine Perspektiven und keine Auswege mehr aus ihrer misslichen Lage sehen – das erfüllt uns mit großer Sorge.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte nachstehende

### Anfrage

1. Welche nachhaltigen Überlegungen haben Sie zur Beseitigung von Familienarmut und Kinderarmut?
2. Liegen Ihnen Zahlen vor, wie viele Familien von Einkommenseinbußen in Folge von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind?
  - a. Wenn ja: Stellen Sie diese bitte im Detail und geben Sie an, wie viele Familien gesamt von negativen Folgen getrennt nach Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind, wie sich diese auf die Bundesländer verteilen und wie das Verhältnis zwischen AlleinerzieherInnen und Familien mit beiden Elternteilen verteilt ist.
  - b. Wenn nein: Warum wurden diese Zahlen nicht schon längst durch die Bundesregierung erhoben bzw. deren Erhebung in Auftrag gegeben?

- c. Wenn nein: Was werden Sie tun, um diesen Umstand zu ändern, damit endlich valide Zahlen darüber zur Verfügung stehen?
  3. Werden Sie als Finanzminister im Angesicht der drohenden Verarmung gewisser Bevölkerungsschichten darauf drängen, eine Neuauflage einer echten Mindestsicherung zu Stande zu bringen?
    - a. Wenn ja: Ab wann soll diese die Menschen in unserem Land effektiv vor Armut absichern?
    - b. Wenn nein: Warum nicht?
  4. Wie stehen Sie als Finanzminister zu einer nachhaltigen Budgeterhöhung für die Familienberatungsstellen?
  5. Welche drei Maßnahmen sind für Sie persönlich und welche sind für die Bundesregierung prioritär, um die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren? Nennen Sie diese bitte konkret, bis wann Sie gedenken, diese umzusetzen.
  6. Was sind Ihre Antworten auf die Forderungen aus der aktuellen Kampagne der Bundesjugendvertretung „Einen sorgenfreien Sommer für alle Kinder“?